



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/31

6. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Regierung - Opposition	S.1
Washington wieder optimistischer	S.3
Nochmals: die "Erste Legion"	S.4

Klärung der Standpunkte

F.R. Noch ehe die sechs Abgeordneten des deutschen Bundestages - Vertreter der Regierungsparteien und der wichtigsten Oppositionspartei, unter denen sich vier Fraktionsführer befinden - Deutschland zu einer Amerikareise verlassen haben, waren in der Öffentlichkeit teilweise weitreichende Erwartungen an diese Reise geknüpft worden. Sie bezogen sich auch auf eine angeblich erfolgte Annäherung der Standpunkte der Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition und konnten den Eindruck erwecken, als ob in der Zusammensetzung dieser Delegation bereits ein Ansatz für eine Art überparteilicher gemeinsamer Außenpolitik zu sehen sei.

Dies trifft nach unseren Informationen nicht zu. In Situationen wie der gegenwärtigen sollte man in besonderem Maße um Klarheit bemüht sein und sich vor voreiligen Schlüssen hüten. Die Reise der deutschen Abordnung geht, soviel wir wissen, auf den Wunsch massgebender amerikanischer Stellen zurück, von repräsentativen Mitgliedern des deutschen Bundestages ausführlich über den Standpunkt der Parteien unterrichtet zu werden, die diese Abgeordneten vertreten. Auf der anderen Seite liegt natürlich den Amerikanern daran, bei dieser Gelegenheit ihre eigenen Auffassungen ausführlich zu erläutern.

Richtig ist nur, dass in einigen Grundfragen des deutschen Verhältnisses zu den westlichen Alliierten sich in den letzten Wochen

eine gewisse Klärung ergeben hat. Das trifft in erster Linie für die Bewertung der politischen Seite des Problems eines möglichen deutschen militärischen Beitrages zu, d.h. für die Frage der nicht nur militärischen Gleichberechtigung. Die Erklärungen Eisenhewers in Deutschland selbst und ebens* vor den Kommissionen des Kongresses in Washington waren hier ein erfreulicher Fortschritt.

Dass die Einsicht in diese Notwendigkeit auch bei den Alliierten gewachsen ist, geht vor allem auf die unbeirrbar Haltung der deutschen Sozialdemokratie zurück. Man ist mit solcher Feststellung nicht auf die eigene Behauptung angewiesen. Eine grosse bürgerliche Zeitung, deren Sympathien eindeutig der Politik Adenauers gehören, schrieb am 6. Februar: "Inzwischen sind - das muss ihm (Schumacher) selbst die Regierung einräumen - nicht zum wenigsten durch seine eindeutige Haltung die deutschen Voraussetzungen für einen Wehrbeitrag auch von den Alliierten anerkannt worden, soweit es die volle politische Gleichberechtigung angeht, und dem Ausland verständlicher geworden, soweit es den ausreichenden militärischen Schutz während einer etwaigen westdeutschen Wiederaufrüstung betrifft". Dabei ist freilich gleich darauf hinzuweisen, daß eine zugesagte noch nicht eine realisierte Gleichberechtigung bedeutet. Und eine andere Zeitung der gleichen politischen Richtung schrieb in demselben Zusammenhang einen Tag später davon, "welche wichtige Funktion die Opposition der SPD erfüllte, so hartnäckig und unboquem sie für die Bundesregierung war". -

Als eine Art innerpolitischer Parallelvorgang zu den Gesprächen zwischen deutschen und amerikanischen Politikern in Washington stellt sich die angekündigte Unterhaltung zwischen dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer dar. Auch hier wird es in erster Linie um die beiderseitige Haltung zum deutschen Verteidigungsbeitrag gehen. Die Auffassungen darüber, wie er aussehen könnte, wenn die unerlässliche Voraussetzung der vollen Gleichberechtigung und des verwirklichten Schutzes vor einem russischen Einfall gegeben sind, gehen im einzelnen noch weit auseinander.

Das ist eine Tatsache, an der man vor dem Beginn der klärenden Aussprache nicht vorbeigehen darf.

- - - - -

Das Barometer in Washington steigt

H.St. Washington, im Februar

Aus mancherlei Gründen ist die Stimmung in Washington, vor kurzem noch unter dem Nullpunkt, in den letzten Tagen wieder auf eine leidliche Zuversicht geklettert. Die pessimistische Stimmung, die eine Zeitlang wie eine dunkle Wolke auf allen amerikanischen Gemütern lag, scheint etwas gedämpfter und entfernter. Einige durchaus ernsthafte Leitartikler grosser amerikanischer Zeitungen hatten für Januar den Beginn einer grossen russischen Attacke mit Invasion und angestiftetem Aufstand gegen Jugoslawien prophezeit; der Irrtum dieser Propheten hat vielleicht auch dazu beigetragen, die Lebensgeister vieler Leute wieder aufzufrischen.

Aber es gibt sehr viel ernsthaftere Dinge. Da ist zunächst die spürbare Besserung der militärischen Lage in Korea. Gleichzeitig hat sich die Verhandlungsposition der UNO, und besonders der in dieser tonangebenden Amerikaner, beträchtlich gebessert, und wenn es zu diplomatischen Gesprächen zwischen Washington und Peking, vermittelt durch Lake Success, kommen sollte, werden die Diplomaten Mao-Tse-Tungs vielleicht weniger Anlass haben, stolz und unnachgiebig zu sein. Die Gefahr eines tiefen Risses innerhalb der demokratischen Welt, mit den USA auf der einen und England und Indien auf der anderen Seite ist so ziemlich verschwunden. Staatssekretär Acheson, trotz des starken innenpolitischen Druckes, dem er ausgesetzt ist, hat in letzter Minute das Schlimmste verhüten können - wofür freilich zu sehr hohem Grade auch der gewandten Diplomatie des britischen Ministerpräsidenten Attlee Dank gebührt. Warren Austin hat in der politischen Kommission der UNO etliches Wasser in seinen Wein gegossen und so schliesslich die Resolutionen bekommen, die zwar Peking als Angreifer brandmarkt, aber daraus keine unmittelbaren Folgen (wie wirtschaftliche Sanktionen und dergl.) zu ziehen beabsichtigt, wobei man hofft, dass die Brücke zu möglichen künftigen Verhandlungen nicht völlig versperrt ist.

Die Position Achesons ist wieder um ein gut Stück gefestigter, und die scharfen Attacken gegen seine Person und seine Politik haben nachgelassen. Die grosse aussenpolitische Debatte im Senat, die in Europa vermutlich sehr viel mehr beachtet worden ist als in der ame-

rikanischen Öffentlichkeit, ist trotz ihrer Länge und Erbitterung im Grunde ausgegangen wie das Hornberger Schiessen. Zeiner der Acheson-Gegner war imstande, eine klare Alternative gegenüber der Politik des Atlantikpakt und der "Zuerst Europa"-Linie des Staatsdepartements zu formulieren; kein einziger Senator hat gewagt, sich offen mit dem Defaitismus und Neo-Isolationismus Ex-Präsident Hoovers zu identifizieren, und Senator Taft, eifrig bemüht, seine Position als führender Mann der Republikanischen Partei zu festigen, hat dreimal gesprochen: erst um seine aussenpolitischen Ideen zu formulieren, dann um sie zu kommentieren, und schliesslich um alles vorher Gesagte zu beschönigen, beschwichtigen und zu dementieren. Kein Wunder, dass nach einer solchen leeren Debatte keine andere Aussenpolitik mehr übrig bleibt und für Amerika in Betracht kommt, als die der Regierung und ihrer stärksten Persönlichkeiten, Truman, Acheson und Marshall.

Eine gewisse Klärung der Lage und Aufhellung der Atmosphäre ist auch innenpolitisch erfolgt. Industrie und Verwaltung sind in dem grossen überorganisierten Land schwerfällige Maschinen, und es dauert lange, bis man sie in Bewegung setzen kann. Aber der rein militärische Apparat des Landes wird heute von Verteidigungsminister General Marshall fest in der Hand gehalten, und eine ernsthafte, wenn auch nicht panikartige Verstärkung der Verteidigungskräfte ist nunmehr im Gange. Das gleiche gilt von der industriellen Aufrüstung, für die der neue Mobilmachungskommissar der Wirtschaft, Charles Wilson, einer der führenden Industriellen des Landes, zuständig ist: Tanks, Flugzeuge, Munition und sonstige Militärausrüstungen fangen an, in etwas schnellerem Tempo von den Fließbändern der Fabriken zu kommen. Es ist bei weitem noch keine totale Kriegswirtschaft, - aber der Rahmen für eine solche ist gesetzt und im Notfall könnte sofort eine unerhörte Massenproduktion militärischer Bedarfsartikel einsetzen.

L e g i o n ä r e

=====

RAP. Kürzlich legte Fritz Heine vom Parteivorstand der SPD in der "Welt" die Gründe dafür dar, warum die gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPD und in der sogenannten Ersten Legion für unstatthaft erklärt worden ist. Erich Schmalz, erster Vorsitzender der "Ersten Legion" hat ebenfalls in der "Welt" auf die Darlegungen Heines geantwortet.

" Die Erste Legion weiss sich der deutschen Geschichte zutiefst

verbunden", darum wahrscheinlich legt sie sich den Namen zu, den die Militärverbände des alten Roms trugen. Weil in der Niedergangszeit des römischen Kaiserreichs die Legionen Kaiser und Gegenkaiser einsetzten, hält sich offenbar die "Erste Legion" für einen demokratischen Verband. Weil die Anhänger der "Ersten Legion" sich zu einer Demokratie bekennen, "die stärkste Bindungen im Volk selbst hat", will die "Erste Legion" keine Massenorganisation werden, sondern will eine "politische Elitebewegung" sein. Dass eine "Bewegung" begrifflich an Massen gebunden, eine "Elite" aber die Masse und die "Bewegung" ausschliesst, empfindet man nicht als Widerspruch, sondern die "Erste Legion" sucht sich darum die Menschen aus, die zugleich Elite und Bewegung sein wollen.

Nach dem Zeugnis des Herrn Schmalz ist die "Erste Legion" als Organisation noch nicht aufgebaut und konnte darum die Führung -einschliesslich eines 1. Vorsitzenden- noch nicht wählen. Fritz Heine stellte diesen Fakten gegenüber seine Unkenntnis unter Beweis, indem er von geheimen Oberen und von einer auswählenden Fünferkommission faselte. Das alles gibt es nicht, sondern es gibt ein öffentlich bekanntes "Direktorium"-beileibe nicht ein solches von Managern, Funktionären oder Bürokraten- und einen dreiköpfigen Führungsstab.

Die jüngeren und älteren Legionäre der "Ersten Legion" fühlen sich berufen, Politik zu machen. Sie wissen jedoch noch nicht einmal, daß dazu ein gewisses Maß an Lebenserfahrung, Menschenkenntnis, Geschichtskennntnis und Geschichtsverständnis und, heutzutage besonders, an soziologischer Schulung notwendig ist. Von alledem hat- wenn man ihre Geistesverfassung nach der des Herrn Schmalz beurteilen darf- die "Erste Legion" keinen blassen Schimmer. Die abgestandene Romantik aber der in knabenhafter Pubertät steckengebliebenen Männer ist uns mehrfach schon teuer zu stehen gekommen; sie macht aus Selbstverständlichkeiten Bekenntnisse. Indem die "Erste Legion" die selbstverständliche Unterordnung der Teilinteressen unter das Gemeinwohl verkündet- und wir bezichtigen sie deshalb nicht des von ihr gehassten Kollektivismus- erneuert sie das nationalistische Schlagwort "Gemeinnutz geht vor Eigennutz".

Hätte Herr Schmalz geschwiegen, so wäre er vielleicht wenigstens ein "Legionär" geblieben. Sein Glück ist: er brauchte sich zum 1. Vorsitzenden nicht wählen zu lassen.

+ + + + +